



Nordrhein-Westfalen kann mehr

Rechenschaftsbericht 2014-2016



Die Landtagsfraktion
CDU

BERICHT DER CDU-LANDTAGSFRAKTION NORDRHEIN-WESTFALEN

Nordrhein-Westfalen steht vor einem entscheidenden Jahr. In elf Monaten, am 14. Mai 2017, wählen wir in Nordrhein-Westfalen einen neuen Landtag. Die Wahl ist eine Richtungsentscheidung: wird Nordrhein-Westfalen das Land des neuen Aufbruchs oder wird Nordrhein-Westfalen fünf weitere Jahre unter Wert regiert?

Mehr als 600 parlamentarische Initiativen

Die CDU-Landtagsfraktion hat mit ihren 68 Abgeordneten in den zurückliegenden vier Jahren die Chance genutzt, die zentralen Fehlentscheidungen und Versäumnisse der derzeitigen Landesregierung aufzugreifen und eigene Alternativkonzepte zu präsentieren. Mit über 600 parlamentarischen Initiativen haben wir in 116 Plenarsitzungen des Landtags unsere Vorstellungen und Konzepte für Nordrhein-Westfalen konkretisiert und begründet. Die CDU-Landtagsfraktion ist darauf vorbereitet, im kommenden Jahr wieder Regierungsverantwortung zu übernehmen.

Nordrhein-Westfalen wird schlecht regiert

Nordrhein-Westfalen ist ein Bundesland mit fleißigen und klugen Menschen, lebenswerten und attraktiven Regionen, erfolgreichen Industrieunternehmen, einem starken Mittelstand und einer dichten Hochschul- und Forschungslandschaft. Die Menschen leben und wohnen gerne hier.

Nordrhein-Westfalen ist ein Land mit vielen Potenzialen und vielen Chancen, wird aber seit Jahren schlecht regiert. Die Menschen wollen ihren Beitrag für ein starkes Nordrhein-Westfalen leisten. Sie können ihre Fähigkeiten, Potenziale und Ideen jedoch nicht verwirklichen, weil ihnen durch die Landesregierung immer neue Regeln, Vorschriften und Bürokratie aufgebürdet werden.

Die Landesregierung trägt die Verantwortung dafür, dass das bevölkerungsreichste deutsche Bundesland auf wichtigen Zukunftsfeldern weiter den Anschluss verliert. Statt die erforderlichen Entscheidungen zu treffen und Verantwortung zu übernehmen, hat sich die rot-grüne Landesregierung zunächst jahrelang darauf konzentriert, finanzielle Forderungen an die Bundesregierung zu richten. Nordrhein-Westfalen hat viel Zeit verloren. Zugleich wird nun mit jedem Jahr deutlicher, welche gravierenden

Auswirkungen die von SPD und Grünen praktizierte Rückabwicklung der von der CDU geführten Landesregierung 2005 bis 2010 beschlossenen Richtungsentscheidungen hat.

Während einerseits dringend notwendige Entscheidungen nicht getroffen oder nur halbherzig verfolgt werden, türmen SPD und Grüne andererseits neue Hemmnisse auf, die Wachstum und Innovationen behindern. Rot-Grün beschreitet Sonderwege, indem Vorgaben des Bundes oder der Europäischen Union nicht Eins zu Eins, sondern bei der Umsetzung in Landesrecht übertroffen werden. So sind das Tariftreue- und Vergabegesetz, das Landesklimaschutzgesetz, der Landesklimaschutzplan, der Entwurf des Landesentwicklungsplans, der Entwurf des Landeswassergesetzes und der Entwurf des Naturschutzgesetzes Ausdruck einer wirtschaftsfeindlichen Politik. Eine solche Politik kann sich Nordrhein-Westfalen jedoch nicht leisten.

Kinderarmut wächst - Projekt „Kein Kind zurücklassen“ gescheitert

Die Ministerpräsidentin hat die soziale Prävention und das Projekt „Kein Kind zurücklassen“ zur Philosophie ihrer gesamten Politik erklärt und damit neue Schulden begründet. Damit ist sie gescheitert. Nach einer Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung ist die Kinderarmut seit 2010 in keinem anderen Bundesland so stark angestiegen wie in Nordrhein-Westfalen. Die Lebensbedingungen von Kindern sind heute schlechter als zu Beginn des Projekts. In Nordrhein-Westfalen lebt fast jedes fünfte Kind von Hartz IV, in einigen Städten ist es sogar fast jedes zweite Kind. Nach Berichten des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes hat Nordrhein-Westfalen die höchste allgemeine Armutsquote aller westdeutschen Flächenländer. Das trifft besonders die Schwächsten, die Kinder.

Die Landesregierung muss endlich zu der Einsicht gelangen, dass die Bekämpfung von Kinderarmut bei der Bekämpfung von Elternarmut ansetzen muss. Dafür müssen die richtigen Rahmenbedingungen für mehr Arbeitsplätze geschaffen werden.

In den kommenden 11 Monaten werden wir unsere parlamentarische Arbeit konsequent fortsetzen und für unsere Ideen werben. Wir treten für einen grundlegenden Kurswechsel in der Landespolitik ein. Wir zeigen Alternativen auf, damit die Aufholjagd beginnen und Nordrhein-Westfalen das Land des neuen Aufbruchs werden kann. Nordrhein-Westfalen kann mehr!

Herzlichst



Armin Laschet



Lutz Lienenkämper

Die 68 Abgeordneten der CDU-Landtagsfraktion haben in den letzten vier Jahren in den Facharbeitskreisen vielzählige Ideen und Konzepte entwickelt. Gemeinsam haben wir in 128 Fraktionssitzungen über 600 Gesetzentwürfe, Anträge, Entschließungsanträge und Änderungsanträge zu allen Themen der Landespolitik diskutiert und beschlossen. In diesem Bericht konzentrieren wir uns auf die zentralen Themen des 38. Landesparteitages (Wirtschaftsstandort, Innere Sicherheit und Schule).

Wirtschaftsstandort

Nullwachstum im Jahr 2015

Im Jahr 2015 lag Nordrhein-Westfalen beim Wirtschaftswachstum auf dem letzten Platz aller Bundesländer. Als einziges Bundesland verzeichnete Nordrhein-Westfalen im letzten Jahr überhaupt kein Wirtschaftswachstum. Im verarbeitenden Gewerbe gab es sogar einen Rückgang von 2,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dieses Nullwachstum hat unmittelbare Folgen. Beim Abbau der Arbeitslosigkeit kommt Nordrhein-Westfalen nur langsam voran. Durch das Nullwachstum gehen jedes Jahr Steuereinnahmen bis zu 3 Milliarden Euro verloren. Dass kürzlich selbst der NRW-Wirtschaftsminister gegenüber den Medien kritisierte, dass dem Thema Wirtschaftsstandort offensichtlich nicht die notwendige Aufmerksamkeit bei den rot-

grünen Koalitionsverhandlungen im Jahr 2012 geschenkt worden sei, ändert allerdings nichts an der Verpflichtung, endlich die nötigen Schlüsse daraus zu ziehen.

Die CDU-Landtagsfraktion fordert seit Jahren eine ehrliche Standortanalyse und Beseitigung der von SPD und Grünen verursachten Wachstums- und Innovationshindernisse. Dazu gehört die sofortige Abschaffung des überflüssigen Tariftreue- und Vergabegesetzes und Rücknahme des Landesklimaschutzgesetzes wie auch des Landesklimaschutzplans.

Digitalisierungsstrategie und Breitbandausbau notwendig

Die Digitalisierung fast aller Lebensbereiche schreitet mit großen Schritten voran, mit erheblichen Auswirkungen und Folgen für die Unternehmen, aber auch für jeden einzelnen Bürger. Darauf ist die Landesregierung nicht vorbereitet. Abgesehen von einer nichtssagenden Regierungserklärung der Ministerpräsidentin im letzten Jahr, verkennt die Landesregierung die Herausforderungen, die sich aus der Digitalisierung ergeben.

Die CDU-Landtagsfraktion hat mit vielfältigen parlamentarischen Initiativen eine Zukunftsinitiative für die digitalisierte Wirtschaft 4.0 eingefordert. Wir wollen, dass Nordrhein-Westfalen das Land des digitalen Aufbruchs wird.

Der Breitbandausbau war Gegenstand vielfältiger Initiativen der CDU-Landtagsfraktion. Gerade im Vergleich zu anderen Bundesländern kommt hier Nordrhein-Westfalen bei der Versorgung der Regionen mit schnellem Internet (mindestens 50 Mbit/s) überhaupt nicht voran, zudem ist ein ausgeprägtes Stadt-Land-Gefälle zu beklagen. Die Landesregierung verkennt die Bedeutung der Digitalisierung und des notwendigen Breitbandausbaus nicht zuletzt mit Blick auf die daraus folgenden Wachstumspotentiale. Die CDU-Landtagsfraktion fordert daher eine massive Steigerung der Ausbaudynamik, indem an anderer Stelle eingesparte Finanzmittel (z.B. freiwerdende Steinkohlenbeihilfen) gezielt investiert werden.

Stauland Nummer Eins in Deutschland

Ein erfolgreicher Wirtschaftsstandort, der im Wettbewerb mit anderen Bundesländern bestehen will, benötigt eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur. Nordrhein-

Westfalen hat große Defizite in der Verkehrsinfrastruktur. Im Jahr 2015 gab es in Nordrhein-Westfalen 322.633 Kilometer Stau, gegenüber 161.000 Kilometer im Jahr 2012 eine Stauverdoppelung. Nordrhein-Westfalen ist das Stauland Nummer Eins in Deutschland.

Kurswechsel in der Verkehrspolitik eingefordert

Die CDU-Landtagsfraktion tritt deshalb für eine verkehrspolitische Kehrtwende ein. Es darf sich nicht wiederholen, dass Bundesmittel für den Straßenbau zurückgegeben werden müssen, nur weil Projekte nicht baureif sind.

Die Landesregierung muss die Planungen von Bundesfernstraßen vorantreiben. Deshalb haben wir die Landesregierung mit verschiedenen parlamentarischen Initiativen aufgefordert, für die Bundesfernstraßenplanung eine Planungsreserve von einer Milliarde Euro aufzubauen. Seit einigen Wochen liegt der Entwurf des Bundesverkehrswegeplans vor, mit guten Aussichten für Nordrhein-Westfalen. Allein für den Bundesfernstraßenbau könnten bei ausreichender Planung durch das Land 13 Milliarden Euro bis zum Jahr 2030 verbaut werden. Notwendig ist nun ein Masterplan zur Beschleunigung der Planungsverfahren, damit alle Mittel im Rahmen des Bundesverkehrswegeplans auch tatsächlich abgerufen werden können.

Die CDU-Landtagsfraktion tritt für ein professionelles Baustellenmanagement ein. In den letzten Jahren haben die Managementfehler der Landesregierung mehrfach zu vermeidbaren Staukonstellationen geführt. Zudem dauern Sperrungen und Teilsperren um Monate länger als vom Verkehrsminister angekündigt.

Dringenden Handlungsbedarf sieht die CDU-Landtagsfraktion auch beim Landesstraßenbau. Im Jahr 2016 werden lediglich 32 Millionen Euro für den Neubau von Landesstraßen bereitgestellt. Niemals zuvor gab es weniger Landesstraßenneubau. Wir haben die Landesregierung aufgefordert, durch eine andere Prioritätensetzung den Landesstraßenneubau faktisch zu verdoppeln.

Innere Sicherheit

Mehr Priorität für Innere Sicherheit

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen wollen sicher und ungestört leben. Die schrecklichen Ereignisse der Kölner Silvesternacht, das Entstehen rechtsfreier Räume und die weiter zunehmende Kriminalität fassen die Bürgerinnen und Bürger als Bedrohung ihrer persönlichen Sicherheit auf. Die Sorgen der Menschen nehmen wir ernst. Deshalb wollen wir der inneren Sicherheit die Priorität geben, die sie verdient.

Besorgniserregende Kriminalitätsentwicklung

Seit Jahren gefällt sich der Innenminister mit öffentlichkeitswirksamen, jedoch folgenlosen Aktionen wie dem jährlich wiederkehrenden Blitzmarathon oder kaum nachhaltigen Maßnahmen gegen die Rockerszene. Diese Inszenierungen ändern jedoch nichts an der tatsächlichen Lage der inneren Sicherheit, diese ist ernüchternd. Im Bundesländervergleich bei der Kriminalitätsentwicklung belegte Nordrhein-Westfalen im Jahr 2015 erneut den letzten Platz unter den Flächenländern. Die Aufklärungsquote ist weiter gesunken und liegt bei nur noch 49,6 Prozent.

Trauriger Rekord bei Wohnungseinbrüchen

Für die Bevölkerung besonders sensibel sind Wohnungseinbrüche. Seit dem Jahr 2010 hat sich die Zahl der Wohnungseinbrüche um 40 Prozent auf den Höchststand von fast 62.000 erhöht. Die Wahrscheinlichkeit, Opfer eines Wohnungseinbruchs zu werden, ist in Nordrhein-Westfalen sechsmal so hoch wie in Bayern. Die CDU-Landtagsfraktion fordert daher seit Jahren, dass der Verhinderung bzw. Bekämpfung von Wohnungseinbrüchen mehr Bedeutung beizumessen ist und hat dazu verschiedene parlamentarische Initiativen eingebracht. Konkret fordern wir, die Kriminalpolizei personell zu verstärken, eine ereignisunabhängige Personenkontrolle und für jede Kreispolizeibehörde die Bildung spezialisierter Teams mit klaren Handlungsaufgaben.

Salafistenhochburg Nordrhein-Westfalen

Besorgniserregend ist die Bedrohung durch Extremisten. Nordrhein-Westfalen hat sich zur Salafistenhochburg Nummer Eins in Deutschland entwickelt. Seit dem Jahr 2010 hat sich das Personenpotenzial der salafistischen Szene mehr als verfünffacht. 600

Personen werden vom NRW-Verfassungsschutz als gewaltorientiert eingestuft, einige sogar als besonders risikobehaftet. Die von Salafisten ausgehenden Gefahren dürfen nicht verharmlost werden, deshalb hat die CDU-Landtagsfraktion auch die Bildung eines digitalen Kompetenzzentrums zur Bekämpfung, Verfolgung und Verhinderung terroristischer Aktivitäten gefordert.

Schule

Attraktive Schulangebote sicherstellen

Die CDU-Landtagsfraktion steht zum Schulkonsens. Angesichts des anhaltenden demographischen Wandels stehen wir zum Ziel, vor Ort in den Kommunen ein attraktives Schulangebot aufrechtzuerhalten. Wir lehnen gleichmacherische Einheitsschulbestrebungen ab, wir wollen den Kindern und Jugendlichen entsprechend ihrer unterschiedlichen Begabungen ein Schulangebot ermöglichen.

Unterrichtsausfall digital erfassen

Die CDU-Landtagsfraktion erwartet von der Landesregierung, dass der Bildungsauftrag über eine hohe Unterrichtsqualität sichergestellt wird. Unterrichtsausfall hat bei leistungsschwächeren oder ohnehin benachteiligten Schülerinnen und Schülern besonders negative Auswirkungen, weil deren Aufstiegschancen bedroht werden. Der Landesrechnungshof bemängelte bereits vor Jahren einen strukturellen Unterrichtsausfall. So fehlen z. B. an jedem Gymnasium laut Landesrechnungshof im Schnitt zwei Lehrerstellen mit 50 wöchentlichen Unterrichtsstunden.

Es ist nicht nachvollziehbar, dass sich die Landesregierung nicht in der Lage sieht, den tatsächlichen Unterrichtsausfall systematisch zu erfassen. Wir haben die Landesregierung mehrfach über parlamentarische Initiativen aufgefordert, den Unterrichtsausfall schulspezifisch festzustellen und auszuwerten.

Inklusion

Trotz aller Kritik hat die Landesregierung ihren Weg bei der schulischen Inklusion rigoros durchgesetzt. Bereits in der Anhörung zum Inklusionsgesetz hatten sich die Experten mehrheitlich gegen den Gesetzentwurf von SPD und Grünen positioniert.

Flächendeckend wird nun Kritik laut: Die Schulen sind nicht vorbereitet, die Eltern werden nicht neutral beraten, es fehlen Sonderpädagogen in vielen Schulen, echte Wahlfreiheit für die Eltern besteht nicht, weil durch einen rigiden Mindestgrößenerlass viele Förderschulen geschlossen werden müssen.

Sowohl bei Eltern von Kindern mit Behinderung, wie auch bei Eltern von nichtbehinderten Kindern, ist Vertrauen auf eine gelingende Entwicklung hin zu einem funktionierenden inklusiven Schulsystem eine wichtige Voraussetzung. Dieses Vertrauen droht landesweit zu schwinden.

Die CDU-Landtagsfraktion hat immer wieder Qualitätsstandards eingefordert, die für eine aus Sicht aller Betroffenen gute Umsetzung der Inklusion an Schulen notwendig sind.

Beschulung von Flüchtlingskindern

Bei der Beschulung von Flüchtlingskindern fällt die Landesregierung vor allem durch zielloses Improvisieren auf. Damit werden die Schulen bei dieser wichtigen Integrationsaufgabe alleine gelassen. Es fehlt an notwendigen Unterstützungsmaßnahmen.

Mit einem Antrag hat die CDU-Landtagsfraktion die Landesregierung aufgefordert, ein Gesamtkonzept für die Beschulung von Flüchtlingskindern vorzulegen. Nur durch ein Gesamtkonzept haben die Schulen die nötige Sicherheit, um die Beschulung im Sinne der zu uns kommenden Kinder und Jugendlichen gestalten zu können.

Schulleitermangel in Nordrhein-Westfalen

Die Landesregierung hat kein Konzept, um die vakanten Schulleiterposten insbesondere in den Grundschulen zu besetzen. Die Anforderungen an die Schulleitungen werden immer größer. Sie sind verantwortlich für die Qualitätsentwicklung ihrer Schulen. Das Aufgabenspektrum unserer Schulleitungen wird zudem regelmäßig erweitert.

Die CDU-Landtagsfraktion hat mit ihren Vorschlägen zur Verwendung der Mittel, die durch die vollständige Übernahme der Finanzierung des BAföGs seitens des Bundes

freigeworden sind, frühzeitig einen konkreten Vorschlag zur Verbesserung der Situation gemacht. Wir wollen mit jährlich 10 Millionen Euro die Attraktivität der Leitungsstellen an den Grundschulen durch eine angemessene Anhebung der Besoldung (Schulleiter A14/ Konrektoren A13) erhöhen.